



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/83 - 9.4.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Weltproblem Indochina	S. 1
Zur Diskussion um die H-Bombe	S. 3
Pfarrer Wenzel, MdB: Gedanken zur Passionszeit	S. 5
DIHT und die Bundesregierung	S. 7

Ein unerwünschter Blitzbesuch

ae. Das Londoner und Pariser Echo auf die Ankündigung eines Blitzbesuches des amerikanischen Außenministers in die Hauptstädte Frankreichs und Großbritanniens schwankt zwischen offener Ablehnung und einem kaum verhüllten Unbehagen. Paris ging sogar so weit, die Behauptung Dulles, vor der Festung Dien Bien Phu seien bereits chinesische Flaksoldaten aufgetaucht, als völlig unbegründet zurückzuweisen. Da die Franzosen an Ort und Stelle sitzen, sind sie ohne Zweifel besser unterrichtet als der USA-Außenminister. Allein aus der Tatsache dieses zweimal veröffentlichten Dementis geht wohl die Ängstlichkeit Frankreichs hervor, nicht in eine Aktion verwickelt zu werden, deren Folgen sich überhaupt nicht abschätzen lassen.

Es ist nicht recht ersichtlich, was der amerikanische Außenminister Dulles mit der "gemeinsamen Aktion" in Südasiens meinte, um ein weiteres Vordringen des Kommunismus in diesem Teil der Erde zu verhindern. Die These, einen Krieg, den Krieg in Indochina, zu beenden, indem man ihn erweitert, hat etwas Unlogisches. In sieben Jahren gelang es den Franzosen nicht, mit den Aufständischen, die den größten Teil dieses unglücklichen Landes besetzt halten, fertigzuwerden. Schwebt nun den USA eine über die Entsendung von Waffen Munition und militärischen Ratgebern hinausgehende Hilfeleistung und Engagement in Indochina

vor, auch auf die Gefahr hin, daß Peking dann mit aller Macht eingreift und damit einen lokalen zum weltumspannenden Konflikt ausweitet? McArthur wurde seinerzeit vom Posten eines UNO-Befehlshabers in Korea enthoben, weil seine Politik und Strategie die erschreckende Möglichkeit eines offenen Zusammenstoßes zwischen den USA und dem kommunistischen China enthielt, eine Möglichkeit, vor der die Truman-Regierung zurückwich. Sie wollte nicht einen Krieg an unrichtigen Platz und zur unrichtigen Zeit führen. Dazu kam allerdings auch die nachträgliche Weigerung der zwei anderen Westmächte, in den Strudel eines allgemeinen Weltkonfliktes hineinzuschlittern.

Die militärische und politische Entwicklung in Indochina und das Unvermögen der Franzosen, einer, ihre Menschen und ihr Material verzehrenden Situation Herr zu werden, haben in Amerika die Kräfte wieder verstärkt auf den Plan gerufen, die seit oh und jeh die Hauptgefahr für den Bestand der USA in den revolutionären Umwälzungen Asiens erblicken. Noch ist der Schock nicht überwunden, den die USA mit dem Verlust Chinas an den kommunistischen Machtblock erlitt. Eine Eroberung Indochinas durch die Kommunisten - ob mit oder ohne aktive Intervention Pekings - müßte unüberschbare Rückwirkungen in ganz Asien auslösen, ein Risiko, das nach den Worten Eisenhowers die USA auf keinen Fall einzugehen bereit sind.

Eine Internationalisierung des Indochina-Konfliktes wird sowohl in Frankreich, als dem Hauptbetroffenen, wie auch in Großbritannien nicht gewünscht, ja geradezu als Alpdruck empfunden. Diese britischen und französischen Besorgnisse dürften dem amerikanischen Drängen nach einer gemeinsamen militärischen Aktion doch recht enge Grenzen setzen, denn niemand vermag den Nutzen, aber jedermann die Gefährlichkeit eines solchen Schrittes einzusehen. So ist, drei Wochen vor der Genfer Konferenz, die Solidarität der Westmächte auf eine ihrer härtesten Belastungsproben gestellt und es wird des ganzen Scharfsinns, des Faktes und der Klugheit bedürfen, um zu verhindern, daß das Feuer in Indochina sich zum Weltbrand ausweitet.

+ + +

Rückkehr zum Völkerrecht durch A- und H-Bombe

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Hat die Wasserstoffbombe die Gefahr eines Krieges erhöht oder verringert? Die Ansichten gehen völlig auseinander. Die Befürworter der These von der Abschreckung kennen insofern die Kriegsgeschichte schlecht, als nichts in ihr darauf hinweist, dass der Besitz einer stärkeren Waffe den Krieg überhaupt ausgeschaltet hätte. Die Waffen sind immer verheerender geworden; weder das Wissen um ihre vernichtende Wirkung noch ihr Besitz haben auch nur einen Augenblick dazu beigetragen, einen Kriegsausbruch unmöglich zu machen oder auch nur hinauszuzögern. Das Beste, was bezüglich der A- und H-Bombe geschehen kann, ist, dass sie wie die Gasgranaten des zweiten Weltkrieges in ihren Depots liegen bleiben.

Das aber ist ebenso nur Hoffnung wie die Erwartung, der Besitz der Bomben bremse die Kriegsgefahr. Jedenfalls hat das ständige Gerede in Verbindung mit den Bombentest noch einmal drastisch vor Augen geführt, auf welchen schmalen Grat zwischen Vernichtung und Übrigbleiben sich die Menschen heute bewegen. Das sehr wache britische Unterhaus hat die ersten Forderungen daraus gezogen, die Winston Churchill fast in die Unterlegenheit versetzten, als dem Antrag der Labour, die Bombe als eine Gefahr für die Menschheit zu bezeichnen und deswegen für eine Konferenz der grossen Drei zu sorgen, sich auch die konservative Regierungspartei nicht versagen konnte. Die schwedischen Sozialdemokraten folgten dichtauf und verlangten von ihrem Parteifreund Erlander, sich um eine Atomkontrolle zu bemühen. Das japanische Parlament mit Oberhaus und Abgeordnetenhaus hat in Erinnerung an mehrfach schlimme Erfahrungen, 1945 und 1954, von den Vereinten Nationen ein Verbot der Atomwaffen verlangt. Nehru hat nachdrücklich gewarnt. Schliesslich ist die Abrüstungskommission der UN damit beschäftigt, auf Antrag der Westmächte in die Beratung einer Kontrolle atomarer Kampfmittel einzutreten. Sie war dazu schon im Herbst aufgefordert worden, ohne darauf so entschlossen zu reagieren, wie es jetzt in England, Indien und Japan geschieht. Auf diese Kommission alle Hoffnungen zu setzen, wäre aber wohl bei der erfahrungsgemäss notorischen Schwerfälligkeit der UN-Maschine eine Illusion.

"Es gibt keine andere Antwort auf die Wasserstoffbombe als Diplomatie", schrieb in diesen Tagen das englische konservative Parteiblatt

und unterschied sich damit wohltuend vom Ton anderer Weltblätter. Der britische Premier scheint über den Termin des Beginns der Diplomatie auf höchster Ebene anderer Meinung als das Unterhaus zu sein. Abgesehen vom Zeitpunkt stehen solchen Gesprächen einige ungewisse Punkte entgegen, ob 1. Malenkow zu einer Dreierkonferenz die Sowjetunion verlassen würde, selbst wenn der Krenl zur Einsicht gelangt ist, dass das Wettüben in atomaren und thermonuklearen Waffen auf die Dauer von ihm nicht durchgehalten werden kann, und ob 2. der amerikanische Präsident seine Ansicht über die Zweckmässigkeit solcher Beratungen einer Revision unterzieht.

Nun hat das Internationale Rote Kreuz 11 Länder einschliesslich der Grossmächte zu vertraulichen Gesprächen nach Genf geladen, in denen eines der Hauptprobleme, der Schutz der Bevölkerung, diskutiert werden soll, weil die 1949 unterzeichnete neue Genfer Konvention keine Garantie gegen den Atomkrieg bietet. Nachdem der Verantwortliche für die amerikanische Zivilverteidigung ausgerechnet hat, dass Millionen Opfer eines A- und H-Bombenkrieges werden würden, dürfte der Schutz der Bevölkerung auch den menschenverachtenden Krenl veranlassen, einer solchen Diskussion nicht auszuweichen. Da aber bis zum vollen Beweise nicht zu erwarten ist, dass überall in der Welt die Worte Lord Salisbury - "Niemand, sei er nun Sieger oder Besiegter, könnte hoffen, irgend etwas von einem Kriege zu gewinnen, der mit Waffen solchen Kalibers ausgefochten wird" - auf fruchtbaren Boden fallen, sollte auch der früher beschriftene Weg des Völkerrechts nicht mehr vernachlässigt werden.

Die Haager Landkriegsordnung hielt den Krieg immerhin in Grenzen. Sie war es auch, die den von Hitler missbrauchten Begriff der Vergeltung, der jetzt wieder so häufig angewandt wird, grundsätzlich verbot. Es war der Labourist Noel Baker, der in diesen Tagen in Bezug auf die Experimente im Pazifik die Frage des Völkerrechts anschnitt. Um wieviel mehr gilt es im Falle einer wirklichen Anwendung der Zerstörungswaffe. Die Rückkehr zum Völkerrecht und seine Modifikation unter Berücksichtigung der neuen Gefahren bilden wahrscheinlich bessere Voraussetzungen zur Lösung der die Menschheit beklemmenden Entwicklung als jedes andere Konsilium, dessen Ergebnisse immer unter dem Eindruck stehen, dass dazu die Kapitulation einer Seite die Voraussetzung ist. Am runden Tisch der Nationen lässt sich die allen Völkern drohende Verarmung eher bannen als bei Zusammenkünften, die unter dem Druckgesetz zweier Weltlager stehen. Es wird ohnedies schwer genug sein. Es muss dennoch gewagt werden.

+ + +

Jesus oder Barrabas ?

Von Pfarrer a.D. Dozent Dr. Dr. Fritz Wenzel, MdB

In diesen Wochen begleiten unendlich viele Menschen, die sich dem christlichen Glauben verbunden wissen, Jesus von Nazareth auf seinem Leidens- und Sterbenswege. Wenn dann am Karfreitag die gläubige Betrachtung ihren Höhepunkt erreicht hat, werden wir mit innerster Anteilnahme aufs neue von der Ungeheuerlichkeit bewegt, dass die Menschen die heiligste und grösste Liebe, die auf dieser Erde war, in den Tod geschickt haben. Jeder Nachdenkliche, auch wenn er den offiziellen Auffassungen der Kirchen innerlich fern steht, wird zugeben, dass die Welt seit diesem Tode am Kreuz an Liebe und Güte ärmer und kälter geworden ist.

Was sich damals ereignete und, menschlich gesprochen und verstanden, Leiden und Kreuzestod Jesu zur Folge hatte, hat sich seitdem unter anderen Formen und Gestaltungen immer wieder ereignet. Um das in seiner ganzen Schwere und Tiefe zu sehen, muss man der seltsamen Gestalt des Barrabas aus der Passionsgeschichte Jesu in ihrer Bedeutung nachgehen. Dieser Mann ist ebenso wie Judas Ischarioth ein fanatisierter Nationalist, ein von wilden Leidenschaften erfüllter und umgetriebener Mensch, dem am Ende jeder Weg und jedes Mittel recht ist, um zu seinem politischen Ziele zu kommen. Er verkörpert ein Stück vom Wesen jener politischen Macht, die Gewalt um der Gewalt willen, aber die Macht nicht um des Rechtes und der Ordnung willen gelten lässt. Darum ist es für die Hohenpriester auch ein leichtes, diesen Mann gegen Jesus auszuspielen. Die Hohenpriester, die die religiöse und politische Macht zugleich verkörpern, wissen nur zu gut, warum sie der aufgewiegelten Volksmenge empfehlen, den Barrabas freizubitten und Jesus zur Kreuzigung überantworten zu lassen. Sie sehen durch Jesus ja die Religion in Gefahr und in ihm selbst einen Gotteslästerer. Die politische Macht und die damit verbundene Herrschaft über die Menschen hat sie so verblindet, dass sie die Grösse der Persönlichkeit, die in Jesus gegenwärtig ist, ebenso wenig zu erfassen vermögen wie sein neues und besseres Verständnis von Religion und Frömmigkeit, die für Jesus wesentlich Freiheit und Liebe sind.

Nem diese Zusammenhänge klar geworden sind, der vermag an

dieser menschlichen Seite der Passion nicht mehr vorbeizusehen. Sie stellt als die Tragödie, die sie ist, gleichzeitig ein Stück Weltgesetz überhaupt dar. Wie oft haben schon die Menschen in ihrer Verblendung, und manchmal auch aufgewiegelt von den Hohenpriestern und Schriftgelehrten ihrer Zeit, den Barrabas gewählt und Jesus ans Kreuz geschlagen! Es gehört zu den wirklich bedrückendsten Erkenntnissen der politischen Geschichte, in ihren einzelnen Abschnitten immer wieder erfahren zu müssen, wie oft die Menschheit ihre wirklichen Helfer nicht erkannt und nicht gewollt hat und darum so oft den Abenteurern und Verführern, die alle mehr oder weniger im Gewande des Fanatikers auftreten, gefolgt ist. Die Worte in Goethes Faust haben unbedingte Geltung und sind auch auf jenes tragische Kapitel der politischen Geschichte zu beziehen, das wir hier meinen: "Die wenigen, die was davon erkannt, die töricht genug ihr volles Herz nicht wahrten, dem Pöbel ihr Gefühl und ihre Meinung offenbarten, hat man von je gekreuzigt und verbrennt". Wem würde im Verfolg solcher Gedanken nicht der tragische Tod des Mahatma Gandhi in der Sinn kommen und im Gegensatz dazu der unbegreifliche Jubel fanatisierter Massen, wie wir ihn in der neuesten Geschichte erlebt haben, wenn es galt, dem Barrabas unserer Zeit als glanzvoller Diktator zu huldigen?

Mit Recht haben gerade diejenigen, die sich einer politischen Gesinnung des Rechtes und der Hilfe für den Menschen verschrieben haben, den "Unverstand der Massen" immer wieder beklagt und es als eine ihrer vorranglichsten politischen Aufgaben angesehen, anstelle von falschen Leidenschaften und politischem Fanatismus eigenes Überlegen, politische Vernunft und begründete Überzeugung zu setzen. Wir wissen alle, dass diese Aufgabe längst noch nicht gelöst ist; aber es vermag schon etwas zu bedeuten, wenn wir sie als eine jeder Zeit aufs neue gestellte Aufgabe erfassen.

Es wäre falsch, wenn wir im Blick auf die Fehlentscheidung der Passionsgeschichte, die, wie wir eben sagten, sich seitdem mehrfach wiederholt hat, uns dabei beruhigen wollten, dass der Mensch nun einmal so sei, den Barrabas anstelle des Jesus zu wählen. Der wird immer eine schlechte Politik machen, dem der Glaube fehlt an eine mögliche Wandlung des Menschen, die ihn befähigt zu einer Entschei-

ung für das Richtige und Gute. Deswegen sind alle die Politiker, auch wenn sie in der Geschichte grosse und bedeutende Namen haben, sollten, dem Barrabas an die Seite zu stellen, die grundsätzlich den Menschen verachten, weil sie ihn als einzelnen ebenso wenig lieben wie sie ihm in der Masse helfen wollen. Ihr Ziel war und ist ja immer nur das eine: den Menschen zu gebrauchen, selbst wenn sie ihn dabei missbrauchen. Sie kennen im Eigentlichen nur Verachtung für die Masse der Menschen als Triebfeder ihres politischen Handelns.

Diejenigen aber, die ihrer Politik nicht nur im äusserlichen Sinne ein christliches Firmenschild umhängen wollen, die sich dem christlichen Geist des Abendlandes als wirklicher europäischer Gesinnung verpflichtet wissen, werden die Freiheit und die Liebe für die Menschen mit Jesus als die Höchstwerte nicht nur des religiösen, sondern auch des politischen Lebens erkennen und werden aus der Verpflichtung vor diesen letzten Werten unablässig darum ringen, das Leben auf dieser Erde in Staat und Gesellschaft so zu gestalten und zu ordnen, dass der Barrabas als Symbol nur in der Erinnerung fortlebt.

+ + +

Ein warnendes Beispiel

-o- Solange die Regierung Genauer im Amte ist, lässt sich ein wachsender Einfluss der grossen westdeutschen Unternehmerverbände auf das politische und öffentliche Leben der Bundesrepublik feststellen, der sich auch in zahlreichen Regierungsmassnahmen niederschlagen hat und noch immer sichtbar wird. Diese Tatsache ist von der Bundesregierung wie den Verbänden stets bestritten worden, und man hat versucht, die engen Fäden, die zwischen den beiden Institutionen hin und her laufen, unter einem Nebel von Propaganda zu verwickeln.

- Ab und an aber konnte einer der massgeblichen Industrievertreter doch nicht mit seinem übervollen Herzen hinter dem Berg halten und plauderte ein wenig aus der Schule. So auch das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Paul Beyer, auf der Volltagung des DIHT in Frankfurt/Main. Mit Dank darf man feststellen, erklärte Beyer, dass die Bundesregierung den Rat des Deutschen Industrie- und Handelstages in steigendem Masse

in Anspruch genommen hat. (Diese Behauptung stelle er übrigens für die Länderregierungen auf, doch dürfte es ja wohl teilweise recht unterschiedliche Auffassungen gegeben haben.) Beyer wies darauf hin, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung des Rates der Industrie- und Handelskammern als eines objektiven Rates nicht hätte entbehren können. Diese Entwicklung hatte die Erwartungen des DHT weitgehend erfüllt.

Damit hat einmal mehr ein massgebender Vertreter der Unternehmenschaft den Einfluss seiner Gesellschaftsgruppe auf die Politik der Bundesrepublik bestätigt und zugleich seine Forderungen angemeldet, die in erster Linie auf den Organisationszwang der Unternehmen in den Industrie- und Handelskammern abgestellt sind. Auch Dr. Beyer hat sich zu diesem Prinzip bekannt, und es nimmt daher nicht wunder, wenn auf der Abschlusskundgebung des DHT in der Paulskirche der Vertreter der Bundesregierung, Vizekanzler Blücher, den Ball aufnahm und sich ebenfalls dafür einsetzte, dass die Industrie- und Handelskammern zu Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft umgewandelt würden.

Unter den heutigen Forumsetzungen führt eine solche Mitgliedschaft nur zu einer weiteren Stärkung der reaktionären Unternehmerkräfte, deren politische Macht schon wieder allzu negativ für die Entwicklung des jungen westdeutschen Staatswesens in Erscheinung getreten ist. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist dafür ein warnendes und mahnendes Beispiel.

Verantwortlich: Lewor Braun